

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
22. Sitzung

12.11.1986
rp-ma

Das sei das bisher einzige Gespräch zwischen der Landesregierung und der BGAG gewesen. Etwa seit dem Monatswechsel habe es Pressemeldungen gegeben, daß der Rückkauf der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen durch die BGAG unmittelbar bevorstehe. Der neueste Berichtstand des Ministeriums - von heute vormittag - sei, daß die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen insgesamt wieder in das Eigentum der BGAG übergegangen sei.

Wenn sich diese Meldung bestätige und Banken und Gewerkschaften damit wieder eine sehr deutliche Verantwortung für die Frage wahrnehmen, was daraus werde, werde zu der Linie zurückgekehrt, die die Landesregierung vom Ende des vergangenen Jahres an zu erarbeiten versucht habe und an der sie bis zum Verkauf der Wohnungen an Schießer mit zunehmender Hoffnung auf Erfolg gearbeitet habe, daß man nämlich das Problem nur lösen könne, wenn sich Banken, Eigentümer und öffentliche Hände in einer verantwortungsbewußten Weise gemeinsam um eine Lösung bemühten. Er habe die Hoffnung, daß man nun gemeinsam auf diesen Weg zurückkehre. Der Beitrag der Banken, um den sich Dr. Meier-Preschany im Auftrag der Eigentümer und mit ausdrücklicher Unterstützung des Landes im Frühjahr bemüht habe, sei für eine Lösung immer unverzichtbar gewesen.

Das Grundmodell für das Handeln sei - wie bisher -, daß die Wohnungen nach Möglichkeit auf andere gemeinnützige Wohnungsunternehmen übergangen und daß dazu, damit die Preise stimmten, Banken und Eigentümer Beiträge leisten sollten, die vor allem bei den Banken im eigenen wirtschaftlichen Interesse lägen, und daß eine Hilfestellung durch die Wohnungsbauförderungsanstalt, wie sie beim Ankauf der 2 385 Wohnungen durch die LEG eine Rolle gespielt habe, weiterhin zur Verfügung stehe.

Der Minister bemerkt an dieser Stelle, er fühle sich durch die Ereignisse der letzten Wochen in der Richtigkeit des Handelns der Landesregierung voll bestätigt. Wenn sich alle Länder und der Bund ebenso verhalten hätten, wäre man weiter. Daß die Gewerkschaften auch kopflos geworden seien, sei schon eine Tatsachenfeststellung und keine Bewertung.

Er bemerkt ferner, daß die Wohnungsbauförderungsanstalt zur Sicherung ihrer Forderungen seit Wochen auf den Fall eines Vergleichs, einer Liquidation oder eines Konkurses eingestellt gewesen sei.

Der Minister beendet seinen Bericht mit der Mitteilung, man habe die Kontakte zu Wohnungsunternehmen, die signalisiert gehabt hätten, daß sie an der Übernahme von Wohnungen interessiert gewesen seien, intensiviert, um, wenn es soweit sei, fundierte Erwerber nennen zu können, und erklärt abschließend, relevante Entscheidungen der Landesregierung werde es nur geben, wenn er sie vorher mit den Oppositionsfraktionen erörtert habe. Seinem Bericht sei zu entnehmen, daß in der Zwischenzeit keine Entscheidungen gefallen seien, die hätten erörtert werden müssen. Über alles Wichtige, was geschehe, wolle er gern laufend informieren.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
22. Sitzung

12.11.1986
rp-ma

Abg. Kuhl (F.D.P.) greift zunächst die Worte des Ministers vom Verhalten der anderen Bundesländer und des Bundes auf und erwidert darauf, wenn das Verhalten des Deutschen Gewerkschaftsbundes anders gewesen wäre, auch dem Bund gegenüber, wäre manches anders gelaufen, als es gelaufen sei.

Er betont sodann, daß die F.D.P. in erster Linie nicht der Beitrag der Banken, sondern der Beitrag der Eigentümer interessiere, und fragt in diesem Zusammenhang, ob es Zahlen darüber gebe, was die Transaktionen mit der Neuen Heimat die Eigentümer gekostet hätten.

Er berichtet, daß es am vergangenen Freitag bei einem Gerichtstermin in der zweiten Verhandlung für zwei Banken die Zusicherung dinglicher Arreste in Höhe von 60 Millionen DM und 20 Millionen DM gegeben habe, und bittet um Auskunft, ob das dazu führen könne, daß unter Umständen noch mehr Banken auszusteigen versuchten, was sicherlich den Konkurs bedeuten würde, wer immer auch Eigentümer sei.

Minister Dr. Zöpel antwortet auf die letzte Frage, die beiden Kündigungen und Arreste seien, soweit ihm bekannt sei, gegen die Neue Heimat im Besitz des Herrn Schießler gerichtet gewesen. Er habe nach Gesprächen, die er nach dem Verkauf an Schießler als Verwaltungsratsvorsitzender der Wohnungsbauförderungsanstalt mit einigen Banken geführt habe, die Hoffnung, daß die Banken jetzt so handelten, daß sich das in die Strategie des Landes, daß Eigentümer, Banken und öffentliche Hände sich gemeinsam um eine Lösung bemühten, einpasse. Nach dem, was man inzwischen wisse, sei Dr. Meier-Preschany, der im Auftrag der BGAG mit den Banken verhandelt habe, schon auf dem richtigen Wege gewesen, auch mit dem richtigen Zeithorizont.

Abg. Schultz (SPD) erklärt, die SPD-Fraktion unterstütze die Bemühungen des Landes, wie sie der Minister skizziert habe, seit annähernd 12 Monaten. Sie habe in dieser ganzen Zeit bedauert, daß CDU und F.D.P. keinen konstruktiven Beitrag geleistet, sondern darauf gedrängt hätten, daß die Regierung nichts tue. Sie habe dann festgestellt - das sei bei dem Verkauf an Schießler deutlich geworden -, daß selbst die Verkäufer der Neuen Heimat und wahrscheinlich auch Herr Schießler der Auffassung gewesen seien, daß die einzigen erfolgversprechenden Ansätze für eine Lösung von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen getragen worden seien. Dadurch fühle sich seine Fraktion in der Haltung, die sie das ganze Jahr über eingenommen habe, bestätigt.

Wenn nun die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen an die BGAG zurückgehe, seien die damaligen erfolgversprechenden Ansätze für eine Lösung eine sehr gute Ausgangsbasis, um die Bemühungen des Landes

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
22. Sitzung

12.11.1986
rp-ma

fortzusetzen. Weil das jetzt aktuell sei, habe seine Fraktion einen Entschließungsantrag (siehe Anlage) eingebracht, mit der die Landesregierung im Interesse der betroffenen Menschen und im wohlverstandenen eigenen Interesse des Landes aufgefordert werde, ihre Bemühungen fortzusetzen.

Zu den bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes 1 a) vom Abg. Püll gemachten Bemerkungen zu dem Entschließungsantrag erklärt Abg. Schultz, seine Fraktion wünsche, daß über den Entschließungsantrag heute abgestimmt werde. Wenn die CDU dem Entschließungsantrag eventuell zustimmen könne, wie jetzt auf einmal gesagt werde, nachdem sie das ganze Jahr dem habe nicht zustimmen können, könne sie ihm auch noch im nachhinein zustimmen.

Abg. Doppmeier (CDU) erklärt, die CDU-Fraktion sei mit der Bundesregierung der Meinung, daß durch das Vorgehen der Landesregierung bei dem schnellen Kauf der 2 385 Wohnungen - wie man heute wisse: ohne Not - das Ganze nur noch erschwert worden sei. Denn es sei höchst bemerkenswert, zu welchen Beiträgen der Eigentümer bei der Veräußerung an Schießer bereit gewesen sei. Die Verlustübernahmen und die verschiedenen Darlehen hätten ja schon aufgrund des Schießer-Vertrages eine Höhe von mehr als 1,8 Milliarden DM, und angeblich seien danach noch weitere Zusagen gegeben worden. Vorher habe man vom Eigentümer auch nicht annähernd Zahlen in dieser Größenordnung gehört. Das könne man aber an anderer Stelle vertiefen und sich jetzt auf die Feststellung beschränken, daß das Ausscheren der Landesregierung Nordrhein-Westfalen aus den Bemühungen des Bundesbauministers von Anfang Februar die Situation erschwert habe.

Hierauf und auf mehrere Fragen des Abg. Doppmeier antwortet Minister Dr. Zöpel, die Bewertung, die Abg. Doppmeier vorgenommen habe, könne man nach den Ereignissen der letzten Wochen immer schlechter aufrechterhalten. Man finde sicher Gründe, über die Handlungsweise des DGB beziehungsweise seiner Gesellschaften zu rechten. Offensichtlich sei aber wohl, daß in einer Situation, in der man nicht mehr recht weitergewußt habe, die Unbeweglichkeit aller anderen die Realität des Verhaltens nicht erhöht habe. Er sei heute fast stolz darauf, daß man damals trotz aller Kritik den Mut zum Handeln gehabt habe.

Was den Beitrag der Eigentümer und der Banken angehe, so ergebe sich aus den übergebenen Unterlagen, daß man Regelungen vom Grunde her - nicht der Höhe nach - getroffen habe, wie sich die Eigentümer und die Banken beteiligen könnten. Das mache den Vorwurf, daß nicht alles richtig ausgehandelt worden sei, eigentlich fragwürdig. - Hinzuweisen sei darauf: Wenn man bei 2 385 Wohnungen 9 Millionen DM Bares spare und das auf 200 000 Wohnungen hochrechne, nähere man sich 800 Millionen DM Barem als Beitrag der Eigentümer. Wenn man das mit 1,8 Milliarden DM Krediten vergleiche, könne man noch fragen, was besser sei.

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
22. Sitzung

12.11.1986
rp-ma

An Gesprächen mit dem DGB habe es seit dem 19. September zwei Gespräche des Ministerpräsidenten mit dem Vorsitzenden des DGB gegeben. An beiden Gesprächen habe er - Zöpel - teilgenommen.

Wie viele der 43 000 Wohnungen von anderen Unternehmen als der LEG übernommen werden könnten, könne er nicht sagen. Die Gespräche seien nicht soweit, daß man das beziffern könne. - Auf eine Zwischenfrage des Abg. Kuhl (F.D.P.) antwortet der Minister, er halte es für sinnvoll, daß nicht mehr als 50 % der Wohnungen durch die LEG übernommen würden. An den anderen Unternehmen, mit denen wegen der Übernahme der Wohnungen gesprochen werde, sei das Land nicht beteiligt, soweit er das überblicken könne.

Auf die Frage des Abg. Doppmeier nach dem gegenwärtigen Stand der Eigentumsverhältnisse bei der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen antwortet Ministerialdirigent Dr. Bussfeld (Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr): Die Telefonnotiz, die er heute morgen erhalten habe, laute: Die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen gehört wieder der BGAG. Mehr könne er zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen. Aus Presseberichten sei aber bekannt, daß aus steuerlichen Gründen wahrscheinlich der Weg gewählt werde, daß die BGAG wieder eine 98%ige Beteiligung erwerbe. - Minister Dr. Zöpel sagt zu, bezüglich der Eigentumsverhältnisse Näheres mitzuteilen, sobald er es wisse, und fährt in der Beantwortung der Fragen des Abg. Doppmeier fort:

Der jetzige Wechsel der Eigentümer der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen habe keine speziellen Konsequenzen für das Verfahren auf Aberkennung der Gemeinnützigkeit. Es bleibe bei seiner öffentlich dargelegten Position: Sollte die Oberfinanzdirektion mit dem Vorschlag des Regierungspräsidenten nicht einverstanden sein, oder sollte aus Abwägungsgründen, die insbesondere auf der Sicherung von Finanzpositionen des Landes oder Dritter beruhen würden, das Land zu anderen Abwägungen als der Regierungspräsident kommen, dann werde dieser Abwägungsprozeß seitens der Landesregierung mit dem Bundesfinanzminister zu erörtern sein, und er werde auch mit den Oppositionsparteien erörtert werden. Sicher sei, daß die Eigentümer der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen, insbesondere wenn sie mit den Eigentümern, die im Prüfungszeitraum letztlich als Eigentümer verantwortlich gewesen seien, wirtschaftlich verbunden seien, Schaden ausgleichen müßten.

Der von Abg. Püll (CDU) vorgetragene Wunsch, über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zu einem späteren Zeitpunkt abzustimmen, damit sich die Oppositionsfraktionen mit diesem Antrag befassen könnten, führt zu einer kurzen Diskussion, in der der Vorsitzende vorschlägt, die Sitzung kurz zu unterbrechen.